

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 7

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

POLITISCHER NEBEL IN GROSSBRITANNIEN

Wenn sich in England jemand über die Insularität seiner Nation lustig machen will, kann er die Anekdote von jenem Zeitungsplakat erzählen, das folgendermaßen lautete: «Neueste Nachrichten: Dichter Nebel im Ärmelkanal — Europa abgeschnitten.»

Im allgemeinen sind die Engländer nicht besonders introspektiv veranlagt, und sie lassen sich durch die politischen Ereignisse auch nicht leicht aufregen. Obwohl sie sich gelegentlich sehr insular geben können, besteht in der britischen Politik keine ausgesprochen isolationistische Tradition. Und doch beherrscht gegenwärtig «die Krise» das Leben, und zwar sogar in der Zeit der sogenannten «toten Saison» der Augustferien, wo politisch und gesellschaftlich wenig Bedeutsames geschieht.

Eines der faszinierendsten Ergebnisse der Beschäftigung mit historischen Studien ist die Erkenntnis, mit welcher Gesetzmäßigkeit geschichtliche Ereignisse sich abwickeln. In Crane Brintons bedeutendem Buch «Anatomy of Revolution» zum Beispiel wird der Verlauf der Revolutionen in England im 17. Jahrhundert, in Amerika und Frankreich im 18. Jahrhundert und in Rußland im 20. Jahrhundert verglichen und werden auch die zahllosen Ähnlichkeiten und Analogien dargestellt. Ohne Vergleichsmöglichkeiten verliert die Geschichte einen guten Teil ihrer Faszination. Warum mußte Napoleon III. scheitern, wo Napoleon I. erfolgreich war? Folgt General de Gaulle derselben Tradition wie jene beiden? Ist Vietnam ein weiterer spanischer Bürgerkrieg? Wenn Sanktionen im Fall Abessinien nicht zum Ziele führten, weshalb sollten sie dann in Rhodesien Erfolg haben? Können die Nationen Europas einen politischen Zusammenschluß erwirken, der so stark und so geschmeidig wäre wie derjenige der schweizerischen Kantone oder der amerikanischen Staaten?

In Großbritannien wird gegenwärtig sowohl privat als auch öffentlich die Frage ge-

stellt: «Stehen wir wiederum dort, wo wir 1931 standen?»

Im August 1931 wurde Ramsey MacDonald, der Premierminister der ersten Labour-Regierung, die über eine verlässliche Mehrheit im Parlament verfügte, dringend aus den Ferien nach London zurückgerufen, um eine drohende Finanzkrise zu meistern. Diese war eine Folge des schwindenden Vertrauens sowohl im Inland als auch im Ausland in die Fähigkeit seiner Regierung, mit den seit langem bestehenden Schwierigkeiten der britischen Wirtschaft fertig zu werden. Eine Reihe scharfer deflationistischer Maßnahmen wurden vorgesehen. MacDonald trat zurück und wurde von König Georg V. unverzüglich damit beauftragt, eine Koalitionsregierung zu bilden, damit die Krise überwunden werden könne. Das neue «Nationale» Kabinett umfaßte, neben MacDonald selbst, Philip Snowden (Labour), Stanley Baldwin und Neville Chamberlain (Konservativ), sowie Lord Reading und Herbert Samuel (Liberal). Seit jenem Tag, da diese Regierung ihr Amt antrat (24. August 1931), bis heute, nach 35 Jahren, wußte eigentlich niemand so ganz sicher, ob sich Großbritannien wegen oder trotz der Bemühungen dieser seltsamen Koalition der widersprüchlichen Interessen schließlich wieder erholte.

Im August 1966 aber sieht die Lage erschreckend ähnlich aus wie damals. Ein Abgeordneter der Labour-Partei hat darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche Nationale Regierung nötig werden könnte, und viele andere Politiker und Beobachter weisen darauf hin, daß die Zeit gekommen sei, Parteidifferenzen zu überbrücken, Programme aufzustellen, auf die man sich gemeinsam hat einigen können, und radikale Maßnahmen, die der Zustimmung der Mehrheit nicht gewiß sind, tunlichst zu vermeiden.

Doch weite Kreise, darunter besonders jüngere Beobachter der politischen Szene, sind viel stärker von den Ähnlichkeiten der

konservativen und der Labour-Politik enttäuscht als von ihren Gegensätzen. Die herrschende Wirtschaftskrise ist praktisch nicht zu unterscheiden von jener Reihe von Depressionen, unter denen das Land während der konservativen Ära zu leiden hatte. Und was noch schlimmer ist, so argumentieren die Kritiker: die getroffenen Maßnahmen unterscheiden sich ebenfalls kaum voneinander. Als Harold Wilson im Juli der Nation seine Pläne zur Sanierung der Wirtschaft bekanntgab, konnte man die Augen schließen und sich einreden, man höre Selwyn Lloyd, der im Jahre 1961 vor dem Unterhaus den konservativen Plan einer Stundung der britischen Fälligkeiten befürwortete. Haben wir denn gar nichts gelernt? War alles, was Wilson über Modernisierung, wissenschaftliche Wirtschaftsplanung, gezielte Expansion sagte, nichts anderes als politische Rhetorik? Oder hat er sich vielleicht dafür noch nicht genügend Zeit nehmen können? Die Zyniker sowohl von der Linken als auch von der Rechten schlugen die Reden Harold Wilsons aus dem Jahre 1961 nach. «Die Regierung tritt jeder Krise mit überstürzten Maßnahmen und Einschränkungen entgegen, welche die Produktion hemmen und die Investitionen drosseln, so daß bei der nächsten Krise die wirtschaftliche Basis zu schwach ist, die Lasten und Anspannungen auszuhalten, die ihr zugemutet werden.» So sagte er damals. Warum soll das, was 1961 zutraf, heute nicht mehr richtig sein? Die Antwort der Regierung auf diesen Vorwurf lautet, sie sei gezwungen, vorübergehende Schritte einzuleiten, um der augenblicklichen Lage Herr zu werden. Ganz abgesehen davon, daß dies auch die Entschuldigung der Konservativen war, so bestehen tiefere Gründe dafür, die Fähigkeit der Labour Party zu bezweifeln, einem wirtschaftlichen Sturm die Stirne zu bieten.

Die britische Labour Party ist in der westlichen Welt wahrscheinlich insofern einzigartig, als sie sich stark und eng an die Gewerkschaftsbewegung anlehnt. Sie verdankt ihre Existenz der organisierten Arbeiterschaft, deren politischer und parlamentarischer Arm sie von Anfang an war, und der Anteil ihrer Einkünfte, die ihr von den Gewerkschaften direkt zufließen, ist sehr hoch.

Sowohl die zentrale Partei als auch die örtlichen Organisationen der Wahlkreise erhalten ansehnliche Beiträge aus den gewerkschaftlichen Fonds. Mr. Wilsons eigener Unterhaus-Sitz in Huyton in der Grafschaft Lancashire wird finanziell von der Vereinigung des Aufsichtspersonals, der Geschäftsleiter und Techniker betreut. Clive Jenkins, der Generalsekretär der Organisation, ist ein entschiedener Gegner des gegenwärtigen Lohnstopps. Die persönliche Beziehung zwischen Politiker und Zahlmeister illustriert sehr anschaulich die Verlegenheit, in der die Labour Party sich befindet. Die Situation bessert sich kaum durch den Verdacht mancher Arbeiter, daß zwar für George Brown (Sohn eines Lastwagenführers) eine wirtschaftliche Depression die Not und Demütigung der Arbeitslosen vor den Schaltern der Unterstützungskassen bedeutet, für Harold Wilson (früher Dozent für Volkswirtschaft) aber kaum mehr als eine Kurve auf einer graphischen Darstellung.

Es bestehen kaum Zweifel darüber, daß der Dschungelkrieg der Industrie im heutigen England einen sehr bedeutenden Faktor — nach Ansicht mancher Leute sogar den entscheidenden Faktor — der Unfähigkeit ausmacht, die Produktionsziffern zu erhöhen. Die Modernisierung der skandinavischen Gewerkschaften hat bei uns noch keine Nachahmung gefunden, und im allgemeinen weigern sich die Arbeitgeber, ihre Angestellten oder deren Wortführer als potentielle Partner in der Produktionsplanung zu akzeptieren. Alle Experimente einer gemeinsamen Kontrolle der Industrie durch Direktion und Belegschaft mit Hilfe von Werk-Räten oder Delegierten, wie sie besonders in Westdeutschland und in den Vereinigten Staaten unternommen werden, sind bisher in Großbritannien weitgehend ignoriert worden. Mit Ausnahme einiger weniger fortschrittlicher Kreise lautet der Entscheid auf beiden Seiten: «Wir gegen sie.»

Indem die Labour-Regierung eine konservative Formel benützen muß, wenn sie einer finanziellen Krise begegnen will, kommt sie unweigerlich in Konflikt mit den Gewerkschaften, die grundsätzlich jeden Lohnstopp ablehnen. Da die Regierung aber

auf die politische und finanzielle Unterstützung durch die Gewerkschaften angewiesen ist, kann sie es sich nicht leisten, gegen die traditionsgebundene Haltung der Gewerkschaften aufzutreten und eine zeitgemäße Erneuerung der menschlichen Beziehungen in der Industrie zu befürworten. Aus demselben Grunde ist sie auch außerstande, die Ursache des tiefverwurzelten Malaise endgültig aus der Welt zu schaffen. Mitglieder und Nichtmitglieder der Labour Party, die der Meinung sind, daß eine solche «Partei der Arbeiterschaft» überlebt und altmodisch ist, scheinen nach langer Zeit recht zu bekommen.

Inzwischen ist die Gangart der Politik so rasch geworden, daß sich möglicherweise die Lage bereits wieder grundlegend geändert hat, vielleicht sogar bevor diese Worte gelesen werden. Anfangs September wird der Premierminister vor der versammelten Gewerkschaftskonferenz das Wort ergreifen, und es wird eine Abstimmung über den Lohnstopp stattfinden. Die ablehnenden Gewerkschaften werden rund 3,5 Millionen Stimmen auf sich vereinigen, die annehmenden eine ungefähr ebenso große Zahl, wozu noch die Unentschlossenen in der Mitte kommen. Das Plebiszit wird also aller Wahrscheinlichkeit nach sehr ausgewogen ausfallen. Darauf werden die Gespräche der drei Parteien folgen. Man wird Labour-Anhängern begegnen, die sich von den Gewerkschaften und dem Zusammenbruch der Wirtschaftspläne «verfolgt» fühlen und die mit der Politik der Regierung in bezug auf Vietnam, Rhodesien, die Landesverteidigung und Europa nicht ohne weiteres einverstanden sind. Zudem haben die Konservativen sich von ihrer Niederlage im Jahre 1964 wieder erholt, auch wenn ihr Führer noch immer wenig Popularität genießt. Die Liberalen schließlich zeigen angesichts der günstigen Resultate der Meinungsforschungs-Institute weniger Verständnis für die Probleme der Regierung als auch schon. Diese Haltung spiegelt sich in der Beurteilung der drei Parteiführer in der Öffentlichkeit. Während Harold Wilsons Nimbus der Unfehlbarkeit deutlich sinkende Tendenz zeigt, hat sein parlamentarisches

Geschick Edward Heath vielerorts Anerkennung eingetragen. Jo Grimonds neues Selbstvertrauen aber wird dahin gedeutet, daß er seinen Vorsatz, sich von der Führung der liberalen Partei zurückzuziehen, tatsächlich aufgegeben hat. Für Wilson, der die Fluktuationen in der öffentlichen Meinung aufmerksam verfolgt, sind dies unheilvolle Vorzeichen. Er hat den Ruf einer Zähigkeit und Gewandtheit, wie man sie seit dem jungen Macmillan nicht mehr erlebt hat, aber er wird diese Eigenschaften bestimmt auch brauchen können, wenn es ihm gelingen soll, das kommende Jahr mit einer geschlossen hinter ihm stehenden, optimistisch in die Zukunft blickenden Regierung zu beginnen.

Die unmittelbare Zukunft der britischen Politik ist in ungewöhnlich dichten Nebel gehüllt, und es bestehen keine Anzeichen dafür, daß er sich in nächster Zeit auflösen wird. Es müßte ein mutiger Mann sein, der es wagen könnte, das langfristige und endgültige Ergebnis des gegenwärtigen Durcheinanders der Meinungen und Gruppierungen vorauszusagen, das seine Ursache im offensichtlichen Versagen der Labourregierung hat. Eines steht fest: So gern auch manche Leute die erste beste Gelegenheit ergreifen möchten, dem Europäischen Gemeinsamen Markt beizutreten, und so ungern viele andere einzusehen beginnen, daß unsere Zukunft in dieser Richtung liegt, so sind sich jedenfalls alle darüber einig, daß wir zuerst im eigenen Hause Ordnung schaffen müssen, bevor wir Partner in einem vereinigten Europa werden können. Wenn der Nebel sich endlich lichtet, wird er vermutlich in den Kanal geweht werden.

Sollten die Politiker und das Publikum in Großbritannien in den kommenden Monaten allzu sehr mit ihren eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschäftigt scheinen, so darf dies nicht als ein Anfall von Isolationismus interpretiert werden. Es wird ein Versuch sein, unsere wirtschaftliche und politische Struktur den Realitäten der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts anzupassen, bevor wir zu einer Erneuerung unserer internationalen Beziehungen schreiten.

Paul Tyler

Auftakt der politischen Saison

Nach politisch ruhigen Sommerwochen hat gegen Ende August die politische Herbstsaison mit rasch steigender Intensität eingesetzt. Die Präludien bestanden wie üblich in einer dichten Serie von Kommissions-sitzungen der eidgenössischen Räte. Besondere Beachtung fanden dabei die Beratungen der ständerätlichen Kommission über die Arbeitszeit des eidgenössischen Betriebspersonals sowie die Verhandlungen der Militärkommission des Nationalrats über den Bericht des Bundesrats zur Konzeption der Landesverteidigung. Die Vertreter der Ständekammer konnten sich der Kompromißlösung des Nationalrats (Abbau von 46 auf 44 Stunden im Jahre 1968) nicht anschließen; sie schlugen dem Plenum eine Variante vor, die näher beim ursprünglichen Antrag des Bundesrates liegt (eine Stunde Abbau 1967, eine zweite 1969, und zwar ohne weitere Bedingungen wie Rücksichtnahme auf den Arbeitsmarkt). Es ist anzunehmen, daß es damit zu einer Differenz zwischen den beiden Kammern kommen wird, deren Bereinigung indessen kaum noch hohe Wellen schlagen dürfte.

Die erweiterte nationalrätliche Militärkommission hatte sich zur Beratung über die Landesverteidigungskonzeption für zwei Tage in die Walliser Alpen, nach Zermatt, zurückgezogen. Der Bericht des Bundesrates, der bei seiner Veröffentlichung eine sehr gute Presse gefunden hatte, wurde auch in diesem Gremium positiv aufgenommen. Nach den militärpolitischen Stürmen der letzten zwei Jahre bildet diese Tatsache ein günstiges Omen für die Zukunft der Landesverteidigung, die nach unseren staatspolitischen Grundsätzen in einem möglichst breiten, aktiven Konsens der Öffentlichkeit verankert sein soll. Vor allem macht es den Anschein, daß der heftige «Richtungsstreit», wie er der Truppenordnung von 1961 vorangegangen war und auch hernach noch lange angehangen hatte, nun endgültig bereinigt worden ist.

Die intensive Kommissionstätigkeit der letzten Wochen, bei der die Phantasie vieler Kommissionspräsidenten in der Wahl der Tagungsorte wiederum Triumphe feierte, ließ im übrigen erneut die alte Frage laut werden, ob diese Praxis noch richtig sei. Auf dem Hintergrund der Parlamentsreform und der ständig wachsenden Klage über die fast unmenschlich gewordene Belastung nicht nur des Bundesrates, sondern auch der Elite unseres Amateurparlaments stellt sie sich heute besonders gebieterisch. Gewiß gibt es immer wieder schöne Beispiele dafür, die zeigen, wie wertvoll die Besuche von Parlamentskommissionen in abseits gelegenen Gebieten sein können. Abgesehen von der ungestörten Verhandlungsatmosphäre bieten sie meist wertvolle Einblicke, ganz abgesehen davon, daß der betreffenden Bevölkerung auf diese Weise direkte Kontakte mit «Bern» vermittelt werden, die in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden sollen. Dem steht aber die Tatsache gegenüber, daß die Bundesräte, die ja meist in mehreren Kommissionen engagiert sind, aber auch die führenden Parlamentarier, die meist ebenfalls verschiedenen Gremien angehören, im Vorfeld der Sessionen ein gewaltiges Reiseprogramm zu absolvieren haben. Man muß sich ernstlich fragen, ob dieser zusätzliche Kräfteverschleiß noch in einem vertretbaren Verhältnis zu den erwähnten Vorzügen dieser Tagungspraxis der Kommissionen steht.

Die Stunde der Wahrheit

Anfangs September wurde durch Veröffentlichung von grundlegenden Dokumenten jenes Traktandum aktualisiert und ins Stadium der konkreten politischen Bereinigung gebracht, das seinen schweren Schlag Schatten schon seit einiger Zeit vorausgeworfen hat und das in den nächsten Monaten und Jahren ohne Zweifel *das* Politikum ersten Ranges bilden wird: der Engpaß der eidgenössischen Finanzen. Es handelt sich um den Bericht der «Kommission Jöhr»

über die längerfristige Finanzplanung im Bunde sowie um die Resultate der «Kommission Stocker», welche die Subventionspolitik der Eidgenossenschaft auf Sparmöglichkeiten hin zu überprüfen hatte.

Die Ergebnisse der Untersuchungen dieser wissenschaftlichen Expertengremien lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Die eidgenössischen Finanzen stecken in einem Dilemma, dessen Überwindung allseits ein hohes Maß an Verständigungs- und Opferbereitschaft erfordern wird. Als Folge eines Nachholbedarfs der sogenannten Infrastruktur und der damit verbundenen gewaltigen öffentlichen Lasten, aber auch als Folge der wachsenden Tendenz, in möglichst vielen Bereichen dem Bunde die Führung und damit auch die vermeintliche «moralische Pflicht» zur Ausschüttung von Subventionen aufzuhalsen, wird dem Schweizervolk nunmehr eine gesalzene Rechnung präsentiert.

In konkreten Zahlen ausgedrückt heißt dies, daß die Ausgaben des Bundes sich von 1966 bis 1974 nach sorgfältigen Schätzungen mehr als verdoppeln werden und daß es andererseits nicht möglich sein wird, diesen Zuwachs auch nur annähernd zu decken, wenn es nicht gelingt, die Finanzpolitik auf eine neue Basis zu stellen. Gemäß dem Bericht Jöhr werden sich nämlich bei einer voraussichtlichen jährlichen Wachstumsrate des Sozialprodukts von 6,5 Prozent die Einnahmen des Bundes um 6,8 Prozent erhöhen, während die Ausgaben um nicht weniger als 9,4 Prozent pro Jahr steigen dürften. Das bedeutet, daß der jährliche Fehlbetrag von 700 Millionen Franken im Jahre 1967 auf mehr als 1900 Millionen im Jahre 1974 ansteigen wird.

Unausweichliche Folgerungen

Daß man unter diesen Umständen die Dinge nicht einfach treiben lassen darf, liegt auf der Hand. Es stellt sich die Frage, wo wirkungsvoller gespart und wo allenfalls mehr eingenommen werden könnte. Mit der Einsetzung der «Kommission Stocker» hat der Bundesrat den Willen bekundet, eine systematische Sparpolitik einzuleiten. Die Arbeit

der Kommission hat eine gute Note bekommen. Das Ergebnis hat aber gezeigt, daß eine Überprüfung der Subventionspolitik allein bei weitem nicht genügen wird, um einer Lösung der Probleme näher zu kommen. Die Kürzungsanträge der Kommission Stocker gehen zwar, zumindest in den Augen der betroffenen Subventionsbezüger, recht weit. Sie machen zehn Prozent der gesamten Subventionssumme oder rund 140 Millionen Franken aus. Da aber die Subventionen ihrerseits nur etwa einen Viertel des eidgenössischen Gesamthaushalts darstellen, ist die Ausbeute gesamtpolitisch gesehen unzureichend.

Das hält auch der Bericht Stocker ausdrücklich fest, indem in der Einleitung darauf verwiesen wird, daß eine konsequente Sparpolitik notwendigerweise auch eine genaue Durchleuchtung der anderen drei Viertel des Bundeshaushalts bedingen würde. Diese These ist inzwischen auch von anderer Seite mit Nachdruck aufgenommen worden: Mitte September war die «Expertenkommission für die Schaffung zusätzlicher Bundeseinnahmen», die unter der Leitung des St. Galler Finanzfachmanns und Ständerats Dr. W. Rohner steht, zu ihrer zweiten Sitzung zusammengekommen und stellte nach eingehender Prüfung der Situation im Hinblick auf das schwer defizitäre Budget 1967 unmißverständlich fest, daß auch die nicht unter den Begriff der Subventionen fallenden Ausgaben möglichst rasch von einer unabhängigen Expertenkommission unter die Lupe genommen werden sollten. Daß trotzdem neue Einnahmequellen erschlossen werden müssen, scheint allerdings auch nach Ansicht dieses Gremiums festzustehen.

Es erscheint in diesem Zusammenhange als angebracht, noch eine grundsätzliche Bemerkung anzufügen: Der Ruf nach genauer Durchleuchtung des Gesamthaushalts könnte als Mißtrauensvotum gegenüber Bund und Bundesverwaltung gedeutet werden. Nichts wäre aber falscher als das. Die Ausgabenexplosion hat fast durchwegs klar erfaßbare objektive Gründe, wobei die Auswirkungen der Hochkonjunktur auf den Arbeitsmarkt und die Lohnverhältnisse nicht die geringsten unter ihnen sind. Dort

aber, wo — wie etwa in der Gestaltung und Ausstattung öffentlicher Bauten (inklusive Nationalstraßen) — einem übertriebenen und vor allem sehr kostspieligen Perfektionismus gehuldigt zu werden scheint, handelt es sich um den Reflex einer Einstellung, für die nicht in erster Linie die Bundesverwaltung, sondern unser Volk als ganzes verantwortlich gemacht werden muß. Wir haben uns angewöhnt, wie eine «Gesellschaft im Überfluß» zu leben und zu denken, ohne daß wir es im genauen Wortsinne wären. So betrachtet ist die finanzpolitische Neubestimmung nicht nur Aufgabe der politischen Führung, sondern des Volkes überhaupt.

Föderalismus im Prüfstand

Im Zusammenhang mit der Überprüfung unseres Haushalts im finanziellen wie im übertragenen gesamtpolitischen Sinne will auch die Frage nicht mehr verstummen, ob die föderalistische Struktur noch in allen Teilen zweckmäßig sei. Dabei wird nicht etwa der Föderalismus als solcher in Frage gestellt, sondern es geht lediglich darum, die damit verbundenen Reibungsverluste und offenkundigen Nachteile weiter zu vermindern. Die Bereitschaft dazu scheint im Wachsen begriffen zu sein. Jedenfalls hat die Initiative der Neuen Helvetischen Gesellschaft, eine «Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit» zu schaffen, gute Aufnahme gefunden und gerade in den letzten Wochen wesentliche Fortschritte erzielt: Am 14. September trafen sich auf Einladung der NHG die Delegationen sämtlicher Kantonsregierungen im alten Tagsatzungsort Baden, um den Plan einer solchen Stiftung zu diskutieren. Er fand allgemein Zustimmung, und es wurde eine Verhandlungsdelegation der eidgenössischen Stände eingesetzt.

So zeichnet sich die Möglichkeit ab, daß das Problem des Föderalismus in absehbarer Zeit auf breiter Basis untersucht werden kann. Das bedeutet einen Lichtblick, auch wenn man sich im klaren darüber sein muß, daß der Weg zu konkreten Revisionen auch nach der Verwirklichung des Plans noch weit sein wird. Der Notwendigkeit eines

vermehrten Ausbaus horizontaler Zusammenarbeit zwischen Kantonen und zwischen Gemeinden steht die Tatsache gegenüber, daß sich unser eingespieltes System aus psychologischen wie aus sachlichen Gründen nur schwer verändern läßt. Man denke nur an das Beispiel des neuen Gesetzes über den Finanzausgleich im Kanton Zürich, wo der Versuch, eine Ausgleichspflicht für die ganz reichen Gemeinden zu statuieren, mit einer staatsrechtlichen Beschwerde beantwortet worden ist, deren juristische und staatspolitische Begründung nicht einfach unter den Tisch gewischt werden darf. Aber auch die strukturellen und wirtschaftlichen Unterschiede unserer Kantone und Gemeinden lassen es oft schwierig erscheinen, zu wirklich allseits befriedigenden und trotzdem noch praktikablen Formen der Zusammenarbeit zu gelangen.

Gebirgsmanöver

Vom 8. bis 15. September war das Gotthardgebiet Schauplatz von Manövern außerordentlichen Ausmaßes. Das 3. Armee Korps mit drei Divisionen und insgesamt etwa 50000 Mann wurde einer harten Belastungsprobe unterzogen. Auch die Flugwaffe wurde mit 11000 Mann, 180 Flugzeugen und 50 Helikoptern sowie mit weiterem Material wie «Bloodhounds» im Gebirgs-einsatz erprobt. Besondere Erwähnung verdient die Tatsache, daß nach zweijährigen Vorstudien erstmals der Einsatz von Großcomputern für die umfangreichen Berechnungsarbeiten in bezug auf die Truppenverschiebungen und Aufmärsche gewagt wurde. Die Resultate scheinen befriedigend ausgefallen zu sein, wie die Manöver überhaupt von einem erfreulichen Leistungsstandard gezeugt haben.

Wie sehr militärische Manöver auch im Zeitalter der Computer und Raketen die Gemüter der Öffentlichkeit nach wie vor zu bewegen und zu faszinieren vermögen, bewies im übrigen ein Blick in den Blätterwald während der «Kampftage». Daß die großen Zeitungen ihre eigenen Berichterstatter entsandten, versteht sich dabei von selbst. Nicht so selbstverständlich aber er-

scheint heutzutage die Tatsache, daß sich ganze Regionen noch immer leidenschaftlich mit «ihren» Bataillonen zu identifizieren vermögen. Das spiegelte sich besonders in den Regional- und Lokalblättern aufs lebendigste wider, wo die Schicksale und Verdienste der «eigenen» Truppen aufs genaueste verfolgt, kommentiert und auch mit Stolz registriert worden sind.

Abschied von Hermann Geiger

Es ist in einer Zeit des Teamworks und der Masse selten, daß eine Persönlichkeit zu allgemeiner, nicht nur auf bestimmte Kreise beschränkter Anerkennung aufsteigt. Der Gletscherpilot Hermann Geiger gehörte zu diesen wenigen. Seine Pioniertaten als kühner Gebirgsflieger, vor allem aber sein pausenloser Einsatz als selbstloser Helfer und Retter haben ihn zu einem Symbol mannhafter, ritterlicher Haltung werden lassen. Und nun ist er plötzlich dahingeshieden.

Am 26. August ist Geiger, der überragende KÖnner, der zuvor ungezählte gefährvolle Situationen souverän gemeistert hatte, einem völlig widersinnig erscheinenden, stupiden Unfall auf dem Flugplatz Sitten zum Opfer gefallen.

Es ist so, wie es der ehemalige Botschafter der Vereinigten Staaten in Bern, Henry J. Taylor, in einem Telegramm an die «NZZ» ausgedrückt hat: «Der tragische Tod des Schweizer Gletscherpiloten Hermann Geiger hinterläßt eine Lücke in der dünnen Schicht der wahrhaft hilfsbereiten Menschen. Ich könnte niemanden nennen, der tapferer, kompetenter und selbstloser gehandelt hätte . . . Die bittere Ironie seines Schicksals hinterläßt ein Gefühl tiefster Verzweiflung, und die Erinnerungen an seine Tätigkeit machen es schwer zu glauben, daß ein enger Freund wirklich für immer gegangen ist oder daß das Leben selber viel mehr als ein verwirrender Traum ist.»

Spectator

STAPFER-FEIER AUF SCHLOSS LENZBURG

Der Regierungsrat des Kantons Aargau führte am zweiten Samstag im September auf dem Schloß Lenzburg, wo seit 1959 das «Philipp-Albert-Stapfer-Haus», eine schweizerische Stätte der Begegnung und der geistigen Auseinandersetzung, besteht, eine Feier zu Ehren des Staatsmannes und Gelehrten Philipp Albert Stapfer durch, dessen Geburtstag sich am 14. September zum 200. Male jährte. Umrahmt von zwei Sätzen des Klavierquintetts in Es-dur von Robert Schumann sprachen *Bundesrat Prof. Dr. Hans Peter Tschudi* und *Prof. Dr. Henri Meylan* von der Universität Lausanne. Der Landammann des Kantons Aargau, *Regierungsrat Dr. Kurt Kim*, konnte zu Beginn der Feier eine große Zahl von Gästen aus der ganzen Schweiz, darunter zwei Ur-Ur-Enkel des Gefeierten, ferner Repräsentanten der Künste und Wissenschaften, Persönlichkeiten aus Kirche und Schule, Vertreter der

verschiedensten kulturellen Vereinigungen und Gremien, im stimmungsvollen Ritteraal des Schlosses begrüßen.

Der Mann, dem Reden und Gedenken galten, ist als helvetischer «Minister der Wissenschaften und Künste sowie der öffentlichen Gebäude, Brücken und Straßen» und als schweizerischer Gesandter in Paris, wo er dem Aargau die Selbständigkeit als Kanton durch seinen Einfluß bewahren und das Wallis vor der Annexion durch Frankreich retten konnte, in die Schweizergeschichte eingegangen. Aber man kann wohl kaum sagen, daß er im Bewußtsein des Volkes weiterlebt wie etwa Heinrich Pestalozzi, den er tatkräftig gefördert hat. Er war, wie Regierungsrat Kim sagte, weder so genial noch so volkstümlich wie der große Erzieher, aber er war ein hochgebildeter, gelehrter Staatsmann von außergewöhnlichem Format, kein Realisator, jedoch ein Planer und

Ideengeber, dessen Entwürfe erst Jahrzehnte nach seinem Wirken wieder aufgenommen und in zeitgemäßer Form verwirklicht wurden.

Die Festansprache des heutigen Vorstehers des Eidgenössischen Departementes des Innern, dem heute ähnliche Aufgabenbereiche wie dem helvetischen Minister der Künste und Wissenschaften übertragen sind, und die Rede von Prof. Henri Meylan, die Stapfer als Philosoph und als Christ zum Thema hatte, ergänzten sich vorzüglich. Bundesrat Tschudi legte die ausgedehnte Tätigkeit des Reformers unseres Erziehungswesens dar, skizzierte seinen Entwurf eines Schulgesetzes und betonte insbesondere den Grundsatz Stapfers, daß Bildung und staatsbürgerliche Kenntnisse Voraussetzungen für das demokratische System seien.

Unglaublich ist der Umfang der vorbereitenden Studien und der Entwürfe, die der junge Minister der Wissenschaften und Künste sowie der öffentlichen Gebäude, Brücken und Straßen in der kurzen Zeit seines Wirkens produziert hat. Fast nichts davon wurde ausgeführt, manches schon im Direktorium selbst und erst recht im helvetischen Großen Rat arg verwässert, so daß schließlich auf eine Bestätigung der alten, unerfreulichen Zustände im Bildungswesen hinauslief, was als grundlegende Reform und zielsicherer Aufbau gedacht war. Man muß feststellen, daß erst spätere Generationen in neuem Ansatz und zum Teil unter anderen Bedingungen zu realisieren unternahmen, was Stapfer visionär vorweggenommen hatte. Unsere heutigen nationalen Bildungsinstitute gehen in der Idee auf ihn zurück: die Eidgenössische Technische Hochschule auf seinen Vorschlag einer nationalen Hochschule, das Landesmuseum auf seine Idee eines Nationalmuseums, die Landesbibliothek auf sein Postulat einer Nationalbibliothek. Die Stiftung Pro Helvetia, der schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und die eidgenössische Kunstkommission haben ihre Vorstufe in jenem «Büro für Nationalkultur», mit dem Stapfer das geistige Leben des Landes zu fördern gedachte. Die Fülle der Anregungen und Pläne, die

Stapfer hinterlassen hat, gab dem bundesrätlichen Redner insbesondere Anlaß, einige Gedanken zu unserer heutigen Wissenschaftspolitik zu formulieren. Die schweizerische Hochschule wäre bei dem errechneten Anwachsen der Studentenzahlen heute keine erstrebenswerte Lösung des Problems. Aber die «Hochschule Schweiz» wird sich dank der Übersichtlichkeit unserer Verhältnisse, den geringen Distanzen, der persönlichen Zusammenarbeit der Gelehrten und den eingeleiteten Koordinationsmaßnahmen immer mehr verwirklichen.

Napoleon Bonaparte soll im Jahre 1802 gesagt haben: «Il y a dans le gouvernement suisse beaucoup trop de métaphysique.» Zwar befand sich Philipp Albert Stapfer damals bereits als schweizerischer Gesandter in Paris und gehörte dem Gouvernement nur noch als sein Repräsentant im Ausland an. Aber wenn man auf seine Art der Behandlung politischer Probleme blickt, auf die Ausrichtung des öffentlichen Wirkens nach philosophischen und moralischen Prinzipien, dann kann man nicht daran zweifeln, daß des Korsen Wort auch auf ihn gemünzt war. Als Theologe begann er seine berufliche Laufbahn, war ein Jahrzehnt lang Professor für Philosophie und Alte Sprachen in Bern, und nach seinem Rückzug aus allen politischen Ämtern, den er schon im frühen Alter von 37 Jahren vollzog, führte er in Frankreich, der Heimat seiner Gattin, das Leben eines Schriftstellers und gelehrten Privatiers. Henri Meylans Ansprache, «Philippe-Albert Stapfer, le philosophe et le chrétien», stützte sich vor allem auf Briefe und andere Dokumente aus dieser Zeit. Der Redner zeichnete ein Bild der kulturellen Zustände in Frankreich unter dem napoleonischen Regime und legte dar, wie sich Stapfer inmitten der dominierenden utilitaristischen Strömungen für «die wahre Literatur als Ausdruck des moralischen Lebens» einsetzte, vor allem in der Vermittlung zwischen deutscher und französischer Kultur. «Son principal souci est de faire connaître l'Allemagne à la France, de tisser des liens solides entre la vieille Allemagne, celle des Universités, des philosophes et des poètes, avec la grande Nation, qui n'a pas fini

d'étonner l'Europe et de la subjuguier; il veut conjoindre à l'érudition germanique la clarté et le goût français.»

Es war ein Programm, das höchste Ansprüche stellte, zumal in einer Zeit, in der die Waffen und das Geld mehr zählten als geistige Werte. Aber Stapfer war ein Idealist ganz im Sinne Kants, dessen Philosophie ihn prägte.

Die Feier auf Schloß Lenzburg schloß mit einem Bankett der geladenen Gäste im

sonnigen Schloßgarten. Zur gehobenen Unterhaltung trug ein «Intermède» nach Ideen von Prof. Victor Steiger bei. Unter Jean Derocs Leitung tanzte eine Ballettgruppe, während Kantonsschüler in historischen Kostümen die Quellentexte vortrugen, aus denen sich ein Bild des verdienten Mannes und seiner Zeit in zwangloser Weise zusammenfügte.

Anton Krättli

DAS WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND SEINE FINANZIERUNG

Es war ein kühnes Unterfangen, ein so gewaltiges und weitverzweigtes Wirtschaftsproblem, mit so zahlreichen Verästelungen im politischen und kulturellen Leben der europäischen Staaten, einer Konferenz am runden Tisch als Thema aufzugeben. Eine in Frankreich gegründete Vereinigung, die *Association pour l'étude des problèmes de l'Europe*, wagte sich in nur zwei Arbeitstagen an der spätmittelalterlichen Universität von Alcalá de Henares an diese Aufgabe heran. Dieses Mal wurde neben dem Wirtschaftswachstum zum zweiten Mal auch die Freizügigkeit des Investitionskapitals untersucht. Dadurch erhielt das Hauptthema mehr allgemeinen Charakters eine Verbindung mit einem aktuellen Problem.

Der Staat und das Wirtschaftsleben

Die Tagung begann mit einem Knalleffekt. Der Gouverneur der Banca d'España, Mariano Navarro Rubio, analysierte in seinem einleitenden Vortrag die Wirtschaftsprobleme der Gegenwart in einem Gesichtswinkel, der durchaus nicht der Staatsphilosophie der Schweiz und anderer betont marktwirtschaftlich orientierter Länder entspricht. In seiner Zukunftsvision trennt sich der Kapitalismus in mehrere Arme. Er nannte den *Finanzkapitalismus*, der weiter bestehen bleiben soll, aber viel von seinen materiellen Mitteln und daher auch von

seiner Bedeutung an den *sozialen Kapitalismus* abtreten muß, denn dieser ist berufen, das Sammelbecken des Sparkapitals zu werden. Neben diesen beiden muß aber der *Staatskapitalismus*, weniger mit wirtschaftlichen als mit sozialen Zielsetzungen, auftauchen, denn nur er wird den Primat der Gesamtheit gegenüber den individuellen Interessen sichern können. Die Priorität muß im Wirtschaftsleben die Stabilität haben, und hier eben tritt der Staat in den Vordergrund, als Faktor des Gleichgewichts zwischen den einander entgegengesetzten Bestrebungen. Dies mag nämlich in manchen Fällen strukturelle Änderungen bedingen, und nur der Staat kann sie durchsetzen. Deshalb muß er stark sein und ein Übergewicht gegenüber den übrigen Kräften im Wirtschaftsleben haben.

Hinter jedem Wirtschaftsvorgang steht der Mensch

Die Förderung des Wirtschaftswachstums hat einer der Referenten der Tagung, Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium Dr. G. A. Sonnenhol, von einer andern Seite beleuchtet. Er fragte nicht nach den Strukturen des Wirtschaftsaufbaus, sondern nach der Einstellung des heutigen Menschen zum gesellschaftlichen Aufbau. Die konkreten Angaben über den Verlauf der Wirtschaftsentwicklung beleuchten nur eine

und nicht einmal ihre wichtigste Sparte. Die Entwicklungsprobleme sind nämlich im wesentlichen menschlicher und nicht wirtschaftlicher Natur. Als Beweis verwies er auf das nie gelöste Rätsel des Wirtschaftsaufschwunges in Amerika im Lauf des Jahrhunderts. Nimmt man alle dazu gehörenden Komponenten unter die Lupe und addiert die von ihnen ausstrahlenden maximalen Auftriebseffekte, so gelangt man, trotz optimaler Annahmen, noch immer nicht zum Gesamtergebnis, das sich aus einem Vergleich des Wirtschaftsniveaus vor einem halben Jahrhundert und heute ergibt. Es bleibt ein auf rein materieller Grundlage nicht erklärbarer Zuwachs! Diesen führt Dr. Sonnenhol auf «die bedeutende Entwicklung der Formen der Bevölkerung» zurück. Mit andern Worten: der einzelne Mensch ist als tragendes Element des Produktionsprozesses, wenn auch vielleicht nicht in allen seinen sozialen Funktionen, aber gesamthaft, wertvoller und für die Gesamtheit ergiebiger geworden. Die Rolle des Staates kann hingegen nur im Schlichten zwischen den Sozialpartnern bestehen; können die einander widersprechenden Ansprüche nicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden, so obliegt ihm, allzu anspruchsvolle Sozialpartner in die Schranken zu weisen. «Die demokratischen Regierungen müssen den Mut aufbringen, unbeliebt zu werden, damit die Demokratie leben könne» — sind Worte, die nicht vergessen werden sollten.

Schon vor dem Vortrag von Dr. Sonnenhol verwies Gouverneur Rubio auf die veränderten Spargewohnheiten der breiten Volksmassen hin, die sich störend auf das Aufkommen von Investitionskapital auswirken. Sonnenhol betonte hingegen die Notwendigkeit, das Investitionskapital, eben wegen seiner Knappheit, unbedingt optimal einzusetzen. Damit gelangte er zum Nebenthema der Tagung, zur Schaffung eines europäischen Finanzmarktes. Dieses Ziel bleibt aber unerreichbar, solange dem Kapital die Freizügigkeit nicht gewährt wird. Hier steht das Wirtschaftsleben am Treffpunkt zweier entgegengesetzter Kräfte. Das Investitionskapital ist ein Element des Wirt-

schaftslebens und strebt (Sicherheit immer vorausgesetzt!) den höchsten Zinsen entgegen. Die Regierungen hingegen wollen die Bewegungen des Investitionskapitals quer über die Landesgrenzen unter ihrer Kontrolle behalten, weil sie sich dadurch eine bequeme und rasch wirkende Handhabe sichern, bei etwaigen Ungleichgewichten der Zahlungsbilanz Gegenmaßnahmen zu treffen. Die richtige Methode wäre in diesem Fall eine Änderung der Konjunkturpolitik, was zwei Nachteile zur Folge hat. Zunächst wirkt deren Wendung nie schlagartig, so daß die Gegenmaßnahmen weit im voraus getroffen werden müßten. Zweitens aber bringt eine Änderung der Konjunkturpolitik immer Unbill für jene Wirtschaftszweige, die aus der Reihe getanzt sind. Diese zur Disziplin zu zwingen, ist aber eine sehr undankbare Aufgabe, weil jede antizyklische Konjunkturpolitik von den betroffenen Wirtschaftszweigen heftig mit Argumenten bekämpft wird, die einen Schein der Richtigkeit haben. Dr. Sonnenhol hatte also recht, als er generell von der Notwendigkeit sprach, daß die Regierungen auch unbeliebte Maßnahmen nicht scheuen dürfen.

Die Wirtschaftsentwicklung benötigt eine Einkommenspolitik

Die Einkommenspolitik ist eine der kontroversesten Fragen der heutigen Wirtschaftspolitik. Staaten, die sich streng an die freie Marktwirtschaft halten — wie die Schweiz — gehen ihr wegen ihres planwirtschaftlichen Aspektes aus dem Weg. Da aber auch sie ganz ohne eine solche nicht auskommen können, verwirklichen sie sie auf dem Umweg über die Konjunkturpolitik. Sie tun es aber zaghaft und stückweise. Sie reden nicht deutlich, sie stottern bloß eine einkommenspolitische Prosa, und selbst das, ohne es zu wissen, wie Jourdan bei Molière. In andern Ländern, vor allem in Italien, möchte die Regierung eine Einkommenspolitik verwirklichen, doch begegnet sie dem heftigen Widerstand der Gewerkschaften. Woher kommt dieser Widerspruch? Warum lehnen sie die sonst gerne planwirtschaftlich denkenden Gewerkschaften ab?

Professor Dr. Mario Marconi, der in seinem Votum die Zusammenhänge zwischen Produktion und Einkommenspolitik aufzudecken suchte, zog in seinen Ausführungen eine Synthese der Definitionen, die uns eine internationale Organisation und zwei Wirtschaftsfachleute geliefert haben. Für die OECD ist eine Einkommenspolitik ein Bündel allgemeiner und gezielter Maßnahmen auf dem Gebiet des Angebotes und der Nachfrage, um den Abstand zwischen den Selbstkosten und dem Reingewinn zu regeln. Professor Samuelson spricht von einem Maßhalten bei der Hebung der Löhne und anderer Einkommen, die mit dem Anstieg der Produktivität vereinbar sein müssen. Professor Campolongo stellt die Einkommenspolitik als Ergänzung neben die klassischen Mittel der Geld-, Fiskal- und Kreditpolitik; nur beide zusammen können bewirken, daß der Anstieg der Löhne und Einkommen die Preisstabilität nicht gefährdet. Eine gut ersonnene Einkommenspolitik muß also seiner Ansicht nach gleichzeitig die Lohnforderungen mäßigen, aber auch eine erhöhte Spartätigkeit herbeiführen, damit bei der Sicherung der Stabilität nicht die gesamte Last auf die Kompression der nominalen Lohnerhöhung fällt. Dies würde optisch ungünstig wirken und müßte bei den Lohnempfängern heftigen Widerspruch erregen. Das gleiche volkswirtschaftliche Ergebnis kann aber erreicht werden, wenn ein Teil der Kaufkraft schon im Zeitpunkt, in dem er noch einen Lohnbestandteil bildet, durch Sparen «sterilisiert» wird. Eine durch eine Einkommenspolitik energisch geförderte Spartätigkeit (fiskalische Maßnahmen!) würde von den Lohnempfängern immerhin leichter akzeptiert werden. Nun sehen wir auch, warum eine Einkommenspolitik in Ländern mit einer demokratischen Staatsform weder freihändlerische, noch dirigistische Auffassungen befriedigen kann. Für die ersteren führt sie zu viele Elemente der Lenkung mit sich; im Gesichtspunkt der letzteren unterordnet sie hingegen die unmittelbaren Wünsche und Vorstellungen der großen Mehrheit der Lohnempfänger den allgemeinen Interessen der Nation. Keine Regierung eines demokratischen Landes und

keine Gewerkschaft kann nun riskieren, die Lohnempfänger zu verärgern.

Da also niemand eine Einkommenspolitik haben will, stellt sich die Frage, ob man ohne sie auskommen kann. Das verneinte der Redner. Die klassischen Mittel zur Wiederherstellung eines gestörten Wirtschaftsgleichgewichts, mit denen die Anhänger der freien Marktwirtschaft auskommen möchten, haben einen kongenitalen Fehler: sie wirken nur nachträglich. Erst wenn eine Störung eingetreten ist, können sie angewandt werden, und auch dann meist nur nach zeitraubenden Diskussionen. Das Wirtschaftswachstum muß offensichtlich darunter leiden, wenn die Produktion abwechselnd einen zu scharfen Rhythmus einschlägt oder, umgekehrt, hinter den optimalen Möglichkeiten zurückbleibt. Noch viel ärger ist es, wenn die zur Anwendung gelangten klassischen Mittel mit der in ihrer Natur fußenden Verzögerung wirken, also erst dann zu bremsen beginnen, wenn die Krise überstanden ist und eigentlich eine Ankurbelung erwünscht wäre. Außerdem wirken die Geld-, Kredit- und Finanzhandhaben nicht selektiv genug — worüber in der Schweiz, im Zusammenhang mit der Konjunkturdämpfung, viel diskutiert wurde.

Andererseits steht die Einkommenspolitik unter stärkstem Beschuß von seiten der Lohnempfänger, weil sie Richtlinien für das Höchstmaß der volkswirtschaftlich vertretbaren Lohnerhöhungen mit sich führt, so daß ausschließlich wunschorientierte, den volkswirtschaftlichen Gegebenheiten nicht Rechnung tragende Forderungen *a priori* zur Aussichtslosigkeit verurteilt werden. Beispiele dafür liefert seit einiger Zeit Frankreich, wo wohl noch keine strukturell komplette Einkommenspolitik besteht, aber versucht wird, den Produktivitätszuwachs des betreffenden Jahres abzuschätzen und ihm die Lohnerhöhungen anzupassen. Auch die englische Regierung hat sich unter dem Druck der harten Notwendigkeit zu einem energischen «Nein» gegenüber den Exzessen einiger Gewerkschaften entschlossen; demgegenüber hat die jämmerliche Kapitulation der Stadt New York vor den Forderungen des Personals der Untergrundbahnen wieder

deutlich gezeigt, wie wichtig es wäre, das Rückgrat der Regierungen und anderer Stellen durch die Ausarbeitung einer fortschrittlichen, gerechten, aber auch der Wirtschaftsvernunft gehorchenden Einkommenspolitik zu stärken.

Professor Marconi sieht nun in einer Einkommenspolitik das einzige Mittel, um gleichzeitig die Stabilität und den Fortschritt zu sichern. Das verlangt eine Aktion auf zwei Ebenen. Auf der einen muß die Entwicklung gegen Störungen gesichert werden — das bezweckt die Harmonisierung zwischen Wachstum der Produktivität und Anstieg der Einkommen. Auf der andern muß dafür gesorgt werden, daß für die weitere Entwicklung fortlaufend die nötigen finanziellen Mittel entstehen, und das kann nur die zunehmende Spartätigkeit bewerkstelligen.

Die ständige Unstabilität im Wirtschaftsleben ergibt sich also daraus, daß die einzelnen Räder dieses komplizierten Mechanismus nicht streng nach der Lochkartenprogrammierung einer Einkommenspolitik funktionieren. Deshalb kann die Wirtschaftsentwicklung nicht gleichmäßig verlaufen, sie muß Perioden der Überhitzung und hernach der Stagnation, sogar der Rezession, durchmachen. Vielleicht ist die Konklusion, die Marconi zog, etwas zu scharf profiliert, aber ihre Richtigkeit kann nicht bezweifelt werden: «Die Einkommenspolitik ist ein Instrument der *europäischen* Wirtschaftsentwicklung.»

Hier gelangen, wie so oft im Wirtschaftsleben, irrationale Elemente in die Berechnung, weil der Mensch, Motor und Nutznießer des Wirtschaftsprozesses, seinem Wesen nach irrational ist. Der Dynamismus der Produktion wächst in unserer Zeit in einem früher unbekanntem Rhythmus und übertrug diesen auch auf die Lohnforderungen. Dadurch entwickelte sich in der Arbeiterschaft und bei den Angestellten eine «soziale Schizophrenie». Nur im Rahmen der Arbeitsdisziplin verhalten sie sich weiter rational, in ihrer Eigenschaft als Lohnempfänger aber gehorchen sie individuellen und kollektiven Impulsen, die immer mehr wirklichkeitsfremd werden. Beim Übergang von Leistung

zu Anspruch entsteht eine Akzeleration. Die einzelnen Berufsgruppen entdecken immer wieder solche, die besser gestellt sind und wollen mit diesen gleichziehen, ohne zu fragen, ob der Produktivitätszuwachs in beiden Fällen gleich ist. Das vielerwähnte psychologische Gesetz «to keep up with the Jones's» — es den Müllers gleichzutun — wurde so zu einem inflationären Antrieb. Ein irrationeller Verbrauchstrieb fälscht die normale Denk- und Handlungsweise. Der ganze Mechanismus des Wachstums der Produktion und der Preise geriet so aus seinen Fugen. Gibt es da noch eine Bremse, die der gefährlichen Überflügelung der Leistung durch die Ansprüche entgegenwirken könnte? Ja — antwortete Professor Marconi —, die Einkommenspolitik.

Dadurch, daß sie einen Rahmen für die Einkommensverteilung schafft, wird sie die irrationalen Gedanken zur Rückkehr zum Rationalismus jener Grundlagen zwingen, auf denen sich die Einkommenspolitik aufbaut. Ihr Zweck ist ja, dafür zu sorgen, daß die beiden konkurrierenden Zielsetzungen: Wirtschaftsentwicklung für die Gesamtheit und maximale Befriedigung der Wünsche durch die Einzelnen, im Einklang bleiben. Indem sie finanzielle Mittel für die Wirtschaftsentwicklung freilegt, sichert sie auch die Befriedigung zukünftiger Verbraucherswünsche in einem vernünftigen Ausmaß. Hier brachte der Vortragende eine wichtige sozialpolitische Frage ins Blickfeld. Gelingt es nämlich nicht rechtzeitig, die Einkommenspolitik als wichtigen Bestandteil jeder Wirtschaftspolitik in die Tat umzusetzen, so würde die ungezügeltere Entwicklung im Produktionsprozeß wie eine Dampfwalze über den Klein- und Mittelbetrieb hinwegrollen. Ohne Einkommenspolitik könnte also Europa wesentliche Bestandteile seiner Wirtschafts- und daher auch seiner sozialen Struktur nicht in die Zukunft hinüberretten. Europa kann also nicht mit seiner Individualität fortbestehen, wenn es die Lücke in seiner Wirtschaftspolitik nicht ausfüllt und nicht jeder Staat zur Schaffung einer Einkommenspolitik übergeht.

Julius F. Kövér

QUERSCHNITT DURCH WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Im Text verwendete Abkürzungen: Bär-Bericht = Wochenbericht des Bankhauses Julius Bär & Co., Zürich. — FuW = Finanz und Wirtschaft. — Industrie = Die Industrie, Offizielles Organ Österreichischer Industrieller, Wien. — Kreditwesen = Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt a. M. — SAZ = Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung. — SHZ = Schweizerische Handelszeitung. — NZZ = Neue Zürcher Zeitung. — Wirtschaftliche Mitteilungen = Wirtschaftliche Mitteilungen der Zentrale für Handelsförderung, Lausanne.

Schweizerische Wirtschaft

Wirtschaftliche Entwicklung

Heinz Schmutz: Warum diese Zurückhaltung? Zum Ausbau der eidgenössischen Finanzkontrolle, Steuer-Revue, Juli 1966. Markus Redli: Die Bundesfinanzen in einem Engpaß, NZZ Nr. 2839 und 2843 vom 28. 6. 66. Zur Wirtschaftslage, Bulletin der Schweizerischen Kreditanstalt, Nr. 2/1966. Die Ersparnisse der Schweiz vom Jahre 1953 bis 1964, Die Volkswirtschaft, Juni 1966. Das Bruttosozialprodukt im 1. Quartal 1966, Die Volkswirtschaft, Juni 1966. Die Konjunktur im 2. Quartal 1966, SAZ, 28. 7. 66. Zur Wirtschaftslage (mit Statistiken und Graphiken), Bulletin des Schweizerischen Bankvereins, Nr. 3/1966. Die Ertragsbilanz der Schweiz im Jahre 1965, Mitteilung Nr. 177 der Kommission für Konjunkturfragen, Beilage zu Die Volkswirtschaft, Juli 1966.

Einzelne Wirtschaftssektoren

Der Fremdenverkehr im Jahre 1965. Die Volkswirtschaft, Juni 1966. W. Clavadetscher: Überlegungen zur Agrarpolitik des Bundes, Agrarpolitische Revue, Mai 1966. R. Ottinger: Folgen einer unzulänglichen Tierzuchtspolitik (Betrachtungen zur Rebellion westschweizerischer Tierzüchter), NZZ, Nr. 3181 vom 22. 7. 66. Hans W. Popp:

Strukturfragen der schweizerischen Landwirtschaft, Wirtschaftspolitische Mitteilungen der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, Nr. 6/1966. F. Oehen: Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und ihre veränderte Umwelt, Agrarpolitische Revue, August 1966. In mehreren Artikeln nimmt die NZZ die neuesten Entwicklungen und Perspektiven bei der Schweizerischen Käseunion unter die Lupe (Nr. 3556, 3569, 3633, 3637). Über welche Rationalisierungsmöglichkeiten verfügt das Baugewerbe? Betriebsführung, Juli 1966. U. Meyer-Boller: Aktuelle Fragen der Gewerbepolitik, Gewerbliche Rundschau, Juni 1966. Exportations horlogères dans les pays de la CEE et de l'AELE, La Suisse horlogère, 16. 6. 66. Peter Kaufmann: Gedanken über die nächsten zehn Jahre im Textilhandel, SHZ, 28. 7. 66. Hans Rudin: Rationalisierung in der Textilindustrie, Werkzeitung der schweizerischen Industrie, August 1966. John Wohnlich: Produktentwicklung in der Aluminiumindustrie, SHZ, 4. 8. 66.

Banken und Finanzen

Der Vorentwurf zum Ausbau des geldpolitischen Instrumentariums der Nationalbank hat zahlreiche Kommentare ausgelöst. Die NZZ ließ unter dem Titel «Der Ausbau der Notenbankkompetenzen» eine Reihe von Fachleuten dazu Stellung nehmen. So Samuel Schweizer: Kritische Bemerkungen zur gesetzlichen Regelung (31. 7. 66), Eugen Böhler: Ein Minimum (7. 8. 66), W. Schwalm: Schwächen der vorgeschlagenen Lösung (12. 8. 66), Peter Tschopp: Die Vorteile einer aktiven Zinspolitik (22. 8. 66). Zu erwähnen sind ferner der in der Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Zeitung erschienene Artikel (gk) vom 1. 6. 66: Ein besseres Instrumentarium für die Nationalbank, sowie Sollen die Banken in den sauren Apfel beißen? SHZ, 28. 7. 66.

Erwin Ruchti: Der Wettlauf der Zinssätze, Der Bund, Nr. 273 vom 16. 6. 66.

Über die Wünschbarkeit von Amortisationshypotheken, Bär-Bericht, 16. 6. 66. Dividenden und Rendite der schweizerischen Aktien im Jahre 1964, Die Volkswirtschaft, Juli 1966. Hermann L. Budich: Das Effekten-Emissionsgeschäft, hg. von der Schweizerischen Bankgesellschaft, 1966. Die schlechende Inflation und der Vermögensbesitz, Bär-Bericht, 1. 9. 66. Indexlöhne, Indexrenten ... Indexrenditen? FuW, 13. 8. 66. Förderung des Sparens — Bemerkungen zum Bericht einer eidgenössischen Expertenkommission, Steuer-Revue, August 1966. Über die Möglichkeit von Kursprognosen und das Wesen der Anlageberatung, Information, hg. von der Internationalen Treuhand AG, Juli 1966. Methoden der Aktienbewertung, Wirtschafts- und Investment-Digest, Bad Wörishofen, Nr. 6/1966. Basel als Finanzplatz, Deutschland-Schweiz / Schweiz-Deutschland, Organ der Handelskammer Deutschland-Schweiz, Zürich. Philippe de Weck: La Suisse, centre financier international, Revue économique et sociale, Lausanne, Mai 1966. Die Schweiz als internationales Finanzzentrum, Bulletin der Schweizerischen Kreditanstalt, Nr. 2/1966. Peter Zihlmann: Viel Arbeit für Aktienrechtsreformer, FuW, 6. 8. 66. E. Albisetti: Neue Gefahren für die Finanzierung des Wohnungsbaus, Der Bund, Nr. 257 vom 5. 7. 66.

Sozialpolitik und Probleme der Unternehmung

Von verschiedenen Seiten wurde das Problem der zwischenbetrieblichen Freizügigkeit der Arbeitskräfte aufgeworfen, so etwa von Ernst Zingg: Ein neuer Weg zur Lösung des Problems der Freizügigkeit, SAZ, 9. 6. 66; Hans Wyß: Das Instrument der Freizügigkeitspolice, SAZ, 16. 6. 66; Heinz Meyer: Die Frage der Freizügigkeit in der Personalvorsorge, NZZ, Nr. 2545 vom 9. 6. 66; Pensionskassengebundenheit und Freizügigkeit, SHZ, Sonderbeilage Unternehmungsführung, 30. 6. 66.

Rolf Hasler: Betriebsgröße und Betriebskonzentration in der schweizerischen Industrie, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Juni 1966. Walter

Bodmer-Lenzin: Unternehmer und Konsumentenschutz in der Schweiz, Wirtschaftspolitische Mitteilungen der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, Nr. 7/1966. Partnerschaft statt Gegnerschaft, Bär-Bericht, 14. 7. 66. Fritz Berger: Probleme des Wohnungsbaus, SAZ, 28. 7. 66. Giacomo Bernasconi: Teuerungsausgleich für AHV- und IV-Rentner und weitere Entwicklung der AHV, Gewerkschaftliche Rundschau, Juli/August 1966.

Diverses

Jürg Niehans: Eine vernachlässigte Beziehung zwischen Bodenpreis, Wirtschaftswachstum und Kapitalzins, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Juni 1966. Les exigences de la recherche spatiale dans notre pays, La Suisse horlogère, 23. 6. 66. Hans Würzler: Bodenfrage und Marktwirtschaft, NZZ, Nr. 2854 und 2867 vom 29. 6. 66. Hans-Rudolf Striebel: Atomkernenergie und die Schweiz, Information, hg. von der Internationalen Treuhand AG, Juli 1966. Die integrationspolitische Lage und die Schweiz, Leitartikel NZZ, Nr. 2898 vom 1. 7. 66. Alfred Boßhardt: Außenhandel und Außenwirtschaftspolitik — Die Schweiz endlich Vollmitglied des GATT / Neue handelspolitische Schwierigkeiten mit der EWG, Außenwirtschaft, Juni 1966. PTT rationalisiert weiter, Sonderbeilage der SHZ vom 16. 6. 66, u. a. Rationalisierung bei den Fernmeldediensten (Gustav Adolf Wettstein) und bei den Postdiensten (V. Tuason). Die Studierenden an schweizerischen Hochschulen im Wintersemester 1955/56, 1964/65 und 1965/66, Die Volkswirtschaft, Juli 1966.

Ausländische Volkswirtschaften

Andreas J. Frings: Entwicklungstendenzen der internationalen Konjunktur, SAZ, 2. 6. 66. W. Schwegler: Weltwirtschaftliche Streiflichter, Agrarpolitische Revue, Mai 1966. Weltweite Kapitalverknappung, Bär-Bericht, 30. 6. 66. Insurance in Europe, Economist, 20.—26. 8. 66. «Die Weltwirtschaft» gibt in

Heft 1/1966 eine eingehende Analyse der internationalen Wirtschaftslage und der Wirtschaftsentwicklung in den wichtigsten Ländern im 1. Halbjahr 1966: 119 Seiten Text und 79 Seiten Tabellen (erscheint bei Mohr, Tübingen).

West-Europa und die USA

Christian Franck: Konzentrationspolitik in der EWG, Wirtschaftsdienst, Hamburg, Juni 1966. Heinz Henze: Schnelle Strukturwandlungen ergeben Anpassungsprobleme in der EWG, Der Arbeitgeber (Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber), 20. 7. 66. Tagungsbericht über die 8. Arbeitstagung über Fragen der europäischen Bergbevölkerung (1.—4. Juni in Aurillac, Frankreich), Agrarpolitische Revue, Juni/Juli 1966. Bo Mattson: Auf dem Weg zu einem europäischen Kapitalmarkt? Vierteljahresbericht der Skandinaviska Banken, Nr. 2/1966. Hans Bachmann: Der wirtschaftliche Integrationsprozeß in Westeuropa, Außenwirtschaft, Juni 1966. Oliver Macnut: Der Sterlingblock unter der Lupe, Kreditwesen, 1. 7. 66.

Deutschland. Friedrich Lemmer: Wie Bonn die Konjunktur steuern will — Hintergründe und Zielsetzungen des Stabilisierungsgesetzes, Industrie, 22. 7. 66. Gewerbepolitik in Deutschland: Möglichkeiten der Kreditfinanzierung für Gewerbebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland (J. Brinkmann), Zur konjunkturellen Entwicklung des Handwerks in der westdeutschen Bundesrepublik (Th. Beckermann), Internationales Gewerbearchiv, hg. vom Schweizerischen Institut für gewerbliche Wirtschaft an der Hochschule St. Gallen, Juni 1966. Bernd Baehring: Der Strukturwandel der deutschen Wirtschaft führt das Gespenst der Krise herauf — Jetzt ist jeder sich selbst der Nächste, FuW, 23. 7. 66. Carl Wagenhöfer: Stabilisierung erfordert Vorleistung der öffentlichen Hand, Kreditwesen, 1. 6. 66. Bernd Baehring: Vor einer Börsenreform in Deutschland, Industrie, 12. 8. 66. F. Neumark: Der dornige Weg zur Finanzreform, Wirtschaftsdienst, Hamburg, Juli 1966. Der Arbeitgeber (Zeitschrift der Bun-

desvereinigung der Deutschen Arbeitgeber) widmet die Nummer vom 20. 8. 66 fast ausschließlich den Problemen der Frauenarbeit und der Frauenberufe.

Großbritannien. Das Dilemma der britischen Einkommenspolitik, NZZ, Nr. 3066 vom 13. 7. 66. Neues Mißtrauen gegen das Pfund Sterling: Die Hintergründe, NZZ, Nr. 3057 vom 13. 7. 66. Eine bittere Pille: Kommentar zum Stabilisierungsprogramm Wilsons, NZZ, Nr. 3165 vom 21. 7. 66. Wilson an der Wand, Leitartikel NZZ, Nr. 3193 vom 24. 7. 66. Bernard Béguin: Somnambulisme britannique, Journal de Genève, 25. 7. 66. Hintergründe der Pfundkrise, NZZ, Nr. 3219 vom 26. 7. 66. John Davies: Die Modernisierung der britischen Industrie, Industrie, 12. 8. 66.

Österreich. Eduard März: Die österreichische Gemeinwirtschaft im Wandel der sozialistischen Idee, Gewerkschaftliche Monatshefte, Juli 1966. Michael Heinz Fitz: Die Verhandlungen über die Assoziierung Österreichs mit der EWG, Außenwirtschaft, Juni 1966. Unsicherheit in der österreichischen Wirtschaftspolitik, NZZ, Nr. 2714 vom 20. 6. 66.

USA. Robert Adam: Das Wirtschaftsjahr 1965 in den USA, Gewerkschaftliche Rundschau, Juni 1966. Läßt der Inflationsdruck nach? Wirtschaftliche Mitteilungen, 15. 6. 66. Joseph Mannheim: Amerikas Wirtschaft an der Schwelle eines neuen Fiskaljahres — Nicht Konjunkturrückgang sondern Stabilisierung, FuW, 20. 7. 66. Die neue Ära in der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten; Übersetzung aus «Business in Brief» der Chase Manhattan Bank, Bär-Bericht, 21. 7. 66.

Diverse. Italien: Licht und Schatten in der Wirtschaft, Wirtschaftliche Mitteilungen, 15. 6. 66. Walter Pöppel: Struktur und Entwicklung der schwedischen Wirtschaft, Gewerkschaftliche Monatshefte, Juli 1966. Ingvar Svennilson: Schwedische langfristige Planung — fünfte Runde, Vierteljahresbericht Skandinaviska Banken, Nr. 2/1966. Steigende Temperatur im norwegischen Konjunkturklima, NZZ, Nr. 3276 vom 31. 7. 66. Olivier Giscard d'Estaing: Kooperation und Fusion deutscher und französi-

scher Unternehmen, Wirtschaftsdienst, Hamburg, August 1966.

Osteuropa und China

Hans Bachmann: Wandel in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Westen und Osten? Außenwirtschaft, Juni 1966. Willy Linder behandelt in einer Artikelserie der NZZ (Nr. 2939, 3501, 3525, 3541, 3581, 3617, 3649) unter dem Titel «Liberianismus ist nicht Liberalismus» die tatsächliche Tragweite der Bestrebungen zur Reform des sowjetischen Wirtschaftssystems. — Die Richtlinien des neuen Fünfjahrplanes der Sowjetunion, Wirtschaftliche Mitteilungen, 6. 7. 66. Sowjetunion: Die Wirtschaftsreform-Diskussion geht weiter, Wirtschaftliche Mitteilungen, 31. 8. 66. L. N. Lepé und G. S. Starodoubsev: Implantation et développement de l'industrie horlogère en URSS, La Suisse horlogère, 14. 7. 66. Die sowjetische Aluminiumindustrie, Wirtschaftliche Mitteilungen, 3. 8. 66. Diemar Keese: Beschäftigungsprobleme in Polen, Osteuropa-Wirtschaft, Juni 1966. Die tschechoslowakische Wirtschaftslage, NZZ, Nr. 2784 vom 24. 6. 66. W. Günthardt: Jugoslawiens dezentralisierte Planung, NZZ, Nr. 2817 und 2925 vom 26. 6. und 3. 7. 66. The Yugoslav Experiment, Economist, 16. 7. 66. Max Biehl: Die Volksrepublik China am Beginn der 3. Planperiode. Wirtschaftsdienst, Hamburg, Juni 1966.

Übrige Gebiete

A. Max: Lateinamerika zwischen den Blöcken, SHZ, 7. 7. 66. Wolf Donner: Zentralamerika als Wirtschaftsraum, Gewerkschaftliche Monatshefte, August 1966. Hans-Bernd Giesler: Außenhandel als Lebensfrage Japans, SHZ, 21. 7. 66. Hans Peter Linß: Das Bankwesen in den arabischen Ländern, Kreditwesen, 1. 8. 66. Oswald Hahn: Währungen und Zentralbanken in Nahost, Kreditwesen, 1. 8. 66. India after Devaluation, Economist, 6. 8. 66. Ghana — Das Konsolidierungsprogramm der neuen Regierung, Wirtschaftliche Mitteilungen, 24. 8. 66. Ghana after Nkrumah, Economist, 6. 8. 66.

Internationale Wirtschaftsprobleme

Eugen Langen: Die Zukunft der «Wettbewerbsordnung» im internationalen Wirtschaftsrecht, Information, hg. von der Internationalen Treuhand AG, Juli 1966. La cinquantième Conférence Internationale du Travail, SAZ, 11. 8. 66. Währungsneutrale Wachstumspolitik, Industrie, 5. 8. 66. Mehr Sicherheit im Außenhandel? Interview mit Egon Sohmen über den Vorstoß der 27 Währungsexperten zugunsten begrenzter Wechselkursflexibilität, Wirtschaftsdienst, Hamburg, Juni 1966. Die Diskussion über feste und flexible Wechselkurse, Bulletin des Schweizerischen Bankvereins, Nr. 3/1966. Philip Cornay: Der Goldpreis nach den Weltkriegern, Kreditwesen, 15. 8. 66. Disharmonische Zahlungsbilanzen: Die Entwicklung der Zahlungsbilanzen steht im Mittelpunkt der internationalen währungs- und handelspolitischen Besprechungen, Kreditwesen, 1. 6. 66. Ernst W. Leonhard: Kennedy-Runde — die Zeit drängt, Schweizerische Gewerbe-Zeitung, 8. 7. 66. Winfried Urff: Wie protektionistisch ist die EWG-Agrarpolitik? Wirtschaftsdienst, Hamburg, August 1966. Harry G. Johnson: Präferenzen — ein wirksames Instrument der Entwicklungsförderung, Wirtschaftsdienst, Hamburg, Juli 1966. Christian Uhlig: Entwicklungshilfe — ein zweitrangiges Problem? Wirtschaftsdienst, Hamburg, August 1966. Léonard Rist: L'assistance au développement et l'action de la Banque Mondiale, Revue économique et sociale, Lausanne, Mai 1966. Hans-Joachim Hartmann: Neue Devisenhilfen für Entwicklungsländer? Wirtschaftsdienst, Hamburg, Juni 1966. Erin E. Jucker-Fleetwood: Savings in Developing Countries, Information, hg. von der Internationalen Treuhand AG, Juli 1966. Paul Krebs: Garantien-Schutz für Auslandsinvestitionen? Kreditwesen, 15. 8. 66. W. V. Oertly: Das Problem einer Regulierung des Kakaoweltmarktes, Außenwirtschaft, Juni 1966. Struktur, Entwicklung und Aussichten des Wollmarktes, Bulletin des Schweizerischen Bankvereins, Nr. 3/1966. Gegensätzliche Entwicklungen an den Weltwarenmärkten, NZZ, Nr. 3128 und 3139

vom 18. und 19. 7. 66. Die Landwirtschaft als Integriationselement in der EWG, NZZ, Nr. 3621 und 3631 vom 29. und 30. 8. 66. Christian Franck: US-Direktinvestitionen in der EWG, Wirtschaftsdienst, Hamburg, Juli 1966. Erich G. Steinbeck: Finanzquelle Erdöl, Kreditwesen, 1. 8. 66.

Allgemeine Wirtschaftsfragen

Probleme der Unternehmung

Heinz Nordhoff: Der Mensch im automatisierten Großbetrieb, SHZ, 9. 6. 66. Egon Scheffer: Die soziale Wirkung der Automation — Der Mensch und die Technik, Industrie, 22. 7. 66. Gerhard Luda: Marktbeobachtung und Prognose mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitungsanlagen, Wirtschaftsdienst, Hamburg, August 1966. David B. Hertz: Elektronik in der Unternehmungsführung, Schweizerische Gewerbe-Zeitung, 19. und 26. 8. 66. Automation und elektronische Datenverarbeitung, Bär-Bericht, 18. 8. 66. Walter Gyßling: Diskussion über die Automation, Gewerkschaftliche Monatshefte, August 1966. Max Binkert: Die internationale Konkurrenz in der Büromaschinenindustrie ruft zur Zusammenarbeit selbst zwischen Großunternehmen, Betriebsführung, August 1966. Roland Scheuchzer: Integrierte Registratur- und Informationstechnik, Betriebsführung, August 1966. J. A. Stäuble: Informations-Systeme in der öffentlichen Verwaltung, Betriebsführung, August 1966.

Management Development — eine «Geheimwissenschaft» mit Zukunft, Betriebswirtschaftliche Beilage der NZZ vom 1. 9. 66; Beiträge von G. Deurinck und A. C. Hubert: Management-Forschung und Management-Schulung in Europa; C. R. Wynne-Roberts: Der Auftrag des «Management-Training» in der Entwicklungswelt; Robert E. Miller: Unternehmerbildung in Nordamerika; Hans Beat Gamper: Gedanken zur Ausbildung der Führungskräfte; Wilfried A. Hoellige: Prinzipien und Systematik der Unternehmerbildung. — Francesco Kneschaurek: Langfristige Marktprognosen in der Unternehmungsplanung exportorientierter Industrien, Außenwirtschaft, Juni 1966.

A. S. C. Ehrenberg, Ungenutzte absatzwirtschaftliche Grundlagenforschung, und Wolfgang Heyn: Informationstheorie und Werbung, Wirtschaftsdienst, Hamburg, Juni 1966. Georg F. Piskaty: Keine Angst vor Kooperation — Zwischenbetriebliche Zusammenarbeit festigt die Selbständigkeit und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit, Industrie, 24. 6. 66. Hans Ulrich: Gedanken zum industriellen Mittelbetrieb in der heutigen Zeit, SHZ, 16. 6. 66. Stuart Henderson Britt: Wie fördert man sein Image? Das Firmenbild im In- und Ausland, SHZ, 14. 7. 66. Gewinnbeteiligung in neuer Form? Schweizerische Gewerbe-Zeitung, 12. 8. 66.

Diverses

Bela Balassa: Planning in an Open Economy, Kyklos, Nr. 3/1966. Axel v. Gadolin: Kann die Demokratie auf die Inflation verzichten? Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik, August 1966. Leistungen und Grenzen der Marktwirtschaft, Bär-Bericht, 4. 8. 66. Robert Margulies: Entwicklungsaussichten der Kernenergie, Wirtschafts- und Investment-Digest, Bad Wörishofen, 10. 6. 66. Peter Stiegnitz: Grenzen und Gefahren der Sozialstatistik, Industrie, 1. 7. 66. P. Wildhaber: Verpackung und Transportrationalisierung in der Nahrungsmittelindustrie, SHZ, 18. 8. 66. Kunststoffe im Bauwesen, Schweizerische Gewerbe-Zeitung, 12. 8. 66. W. Ziemba: Die Klimatisierung moderner Bauten, SHZ, 11. 8. 66. Hans Herold: Die steuerliche Behandlung der Gratisaktien (Internationale Übersicht), Steuer-Revue, August 1966. Die Wandelanleihe — eine oft verkannte Anlageform, FuW, 13. 8. 66. Claude H. Kahn: Wie liest man eine Bankbilanz? FuW, 13. 8. 66. Beachtliche Unterschiede im Geschäftsverlauf der internationalen Erdölgesellschaften, FuW, 4. 6. 66. Unter dem Titel «Städtebauliche Maßnahmen in Stadt und Land» diskutieren im Wirtschaftsdienst, Hamburg, August 1966, verschiedene Autoren einige wichtige Aspekte der Städtebauförderung. — Was treibt der britische Direktor außerhalb seines Betriebes? SAZ, 11. 8. 66.

(Abgeschlossen Anfang September.)

Heinz Ramstein